



N i e d e r s c h r i f t

**Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und
Gesundheit**

Sitzungstermin: Montag, 05.03.2018
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:41 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Rosemarie Jahn

Herr Uwe Gade

Frau Angelika Hahn-Fricke 2. stv. Kreispräsidentin

Frau Ute Algier

Vertretung für: Frau Petra Kröger

Herr René Bülow

Frau Annette Glage

Vertretung für: Frau Susanne Strehl

Herr Peter Gloger

Frau Ingrid Olef

Herr Jens Wersig

Herr Raimund Schulz

Herr Peter Stoltenberg

Herr Holger Weihe

Herr Henning Wulf

Vertretung für: Frau Maren Berger

Frau Margot Santen Kreissenorenbeirat

bis 19:40 Uhr

Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr, Verbraucherschutz

Herr Dr. Friege FDL Gesundheit

Herr Lorenzen FDL Feuerwehrwesen Zivil- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Frau Maiwald FDL Lebensmittel und Bedarfsgegenstände; Fleischhygiene

Herr Petry FDL Infektionsschutz und umweltbezogener Gesundheitsschutz

Frau Schröder FDL Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten bis 18:40 Uhr

Frau Dr. Walther Gesundheitsplanerin

Herr Tobuschat Anwärter

Abwesende:

Frau Petra Kröger -
Frau Susanne Strehl -
Frau Maren Berger -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.12.2017
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Beratungswesen;
Verlängerung der Laufzeit der Verträge
Vorlage: DrS/2018/014
 - 3.2 Aufhebung der Sperrvermerke für 3,5 Stellen im Fachdienst Lebensmittel und Bedarfsgegenstände (FD 39.10)
Vorlage: DrS/2018/044
 - 3.3 Freigabe von einer im Stellenplan 2018 mit Sperrvermerk versehenen Stelle für die Heimaufsicht (FD 32.00)
Vorlage: DrS/2018/046
 - 3.4 Entsendung eines Vertreters in die Gesellschafterversammlung der Rettungsdienst-Kooperation in Schleswig-Holstein (RKiSH)
Vorlage: DrS/2018/051
- 4 Berichte der Verwaltung
 - 4.1 Bericht der Gesundheitsplanerin
 - 4.2 Zentralisierung der Schuleingangsuntersuchungen im Kreis Segeberg
 - 4.3 Bericht der Ausländerbehörde zur Situation im Bereich der Asylangelegenheiten
 - 4.4 Bericht zum Sachstand der Neuausrichtung im Rettungsdienst des Kreises Segeberg
 - 4.5 Schlüsselkennzahlenbericht IV/2017
Vorlage: DrS/2018/008
 - 4.6 Bericht zum Sachstand "Paracelsus-Klinik"

- 5 Verschiedenes
- 5.1 Informationen und Anfragen
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es gibt keine Fragen.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der vorliegenden Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.12.2017

Die Niederschrift der Sitzung vom 05.12.2017 wurde genehmigt.

Nachdem Herr Matthias Schröder darauf aufmerksam gemacht hat, dass die Niederschrift vom 23.11.2017 noch genehmigt werden muss, wurde diese ebenfalls genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

**zu 3.1 Beratungswesen;
Verlängerung der Laufzeit der Verträge
Vorlage: DrS/2018/014**

Auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke wurde geklärt, warum der Beschluss im OVG-Ausschuss abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Für die nachfolgenden Verträge über die Erbringung von Beratungsleistungen wird von der vertraglichen Option Gebrauch gemacht und die Laufzeit der Verträge bis zum 31.12.2020 verlängert:

Region Nord:

Erziehungsberatung	Therapiehilfe e. V.
Schuldnerberatung	Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.
Beratung	Therapiehilfe e. V.
Betrieb des Front Office	Therapiehilfe e. V.

Region Ost:

Erziehungsberatung	Diakonie Plön-Segeberg
Schuldnerberatung	Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.
Suchtberatung	Landesverein Innere Mission

Region West:

Erziehungsberatung	Therapiehilfe e. V.
Schuldnerberatung	Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.
Suchtberatung	Landesverein Innere Mission
Betrieb des Front Office: Kaltenkirchen	Landesverein Innere Mission
Henstedt-Ulzburg	Therapiehilfe e. V.

Norderstedt:

Schuldnerberatung	AWO Schleswig-Holstein gGmbH
Suchtberatung	Sozialwerk Norderstedt e. V./ Landesverein Innere Mission

Kreisgebiet:

Fachberatung gegen sexuelle Gewalt	Dt. Kinderschutzbund
------------------------------------	----------------------

Kreisgebiet:

Schwangerschaftskonfliktberatung	Pro Familia Landesverband SH
----------------------------------	------------------------------

2. Die Verwaltung wird gebeten, die Ausschreibung für die Vergabe der unter Punkt 1 genannten Beratungsleistungen ab dem 01.01.2021 vorzubereiten.
3. Die Verwaltung wird gebeten, für die Leistungen „Beratung in Wohnungsnotlagen“ sowie „Prävention von Wohnungsnotlagen“ vorzubereiten. Diese Leistungen sollen zum 01.01.2020 vergeben werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 3.2 Aufhebung der Sperrvermerke für 3,5 Stellen im Fachdienst Lebensmittel und Bedarfsgegenstände (FD 39.10)
Vorlage: DrS/2018/044**

Herr Matthias Schröder führt in die Beschlussvorlage ein. Die beantragten 3,5 Stellen sollen dazu führen, dass 100% der Sollkontrollen durchgeführt werden können. Weiterhin weist er darauf hin, dass der noch ausstehende Grundsatzterlass die Situation grundlegend ändern könnte.

Frau Hahn-Fricke hinterfragt, warum der Beschluss zuerst auf den kommenden Grundsatzterlass gestützt werden sollte und nun auf den Schlüsselkennzahlbericht gestützt wird. Hierzu merkt Frau Maiwald an, dass der Grundsatzterlass weit über die gesetzlichen Forderungen hinausgehen würde. Teile des Grundsatzterlasses beschreiben Selbstverständlichkeiten, die bereits in gesetzlichen Grundlagen festgelegt sind. Sie weist dabei auf die Verordnung (EG) Nr. 882/2004 hin, welche festlegt, dass bei den Lebensmittelkontrollen eine 100%-Quote erfüllt sein muss. Die 6 Stellen die momentan vorhanden sind, sind mit 5 ausgebildeten Lebensmittelkontrolleuren und einer Person in Ausbildung besetzt. Die weiteren 3,5 Stellen dienen dann dazu personaltechnisch agieren zu können und zukünftige Mitarbeiter auszubilden, damit eine 100%-Quote der Sollkontrollen erreicht werden kann. Frau Hahn-Fricke möchte wissen, ob es bei dann insgesamt 9,5 Stellen schon eine

Orga-Untersuchung gab bzw. geplant ist. Herr Matthias Schröder erläutert, dass alle Stellenmehrbedarfe mit der Orga abgestimmt wurden.

Herr Wersig wollte wissen, ob die Mitarbeiter auf den 6 Stellen in Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt sind und was genau diese kontrollieren. Dazu konnte Frau Maiwald sagen, dass alle in Vollzeit beschäftigt sind und diese z.B. alle Unternehmen, die mit Lebensmittel, Bedarfsgegenständen, Kosmetika oder Tabak zu tun haben, kontrollieren z.B. Fleischer, Gastronomie, Eisdielen, Einzelhandel mit Bedarfsgegenständen. Im Ganzen etwa 3500 Betriebe und wenn die Tierhaltung mit berücksichtigt wird 5000 Betriebe.

Der Bericht der Schlüsselkennzahlen für diesen Bereich wird vorgezogen. Herr Matthias Schröder stellt die Schlüsselkennzahlen für diesen Bereich vor. Herr Gade wünscht eine Erklärung, wie die 183 Fehltage in 2017 entstanden sind. Dazu konnte Frau Maiwald erklären, dass es eine Langzeiterkrankung gab. Zusätzlich erwähnt sie, dass eine Person den FD verlassen hat und die Ausbildung neuer Mitarbeiter Zeit kostet. Herr Matthias Schröder erklärt ferner, dass es in der Verwaltung ein betriebliches Eingliederungsmanagement gibt und erörtert kurz wie dieses funktioniert.

Herr Wersig wollte wissen, ob die „Ampel“ für die Gastronomie noch Relevanz hat. Dazu konnte Frau Maiwald mitteilen, dass die Ampel kein Thema mehr ist, aber dass überlegt wird, die Kontrollergebnisse zu veröffentlichen.

Frau Hahn-Fricke bittet um eine Erklärung, warum die Toleranz bei 80 % liegt. Herr Matthias Schröder erklärte, dass diese Quote durch die Politik festgesetzt worden ist und empfiehlt, dass die Toleranz zu einem späteren Zeitpunkt im Ausschuss erneut diskutiert werden sollte.

Auf die Frage von Frau Hahn-Fricke, warum die Kontrollquote für Trinkwasser bei den Altenpflegeheimen drastisch gesunken ist, konnte Herr Petry sagen, dass es über 300 Krankheitstage gab, sodass von 6 Vollzeitstellen 2 durchgehend krankheitsbedingt ausgefallen waren. Hinzukommend gab es ca. 6000 Trinkwasserbefunde und ca. 1500 meldepflichtige Infektionskrankheiten, welche bearbeitet werden mussten. Herr Wersig fragt nach, ob es absehbar ist, dass die Quote erfüllt wird. Herr Petry geht davon aus, dass die Quote erfüllt werden kann, da eine Dauererkrankung zu Ende ist.

Herr Matthias Schröder erklärt bei den Kennzahlen im Bereich Asyl, dass letztes Jahr 467 Menschen dem Kreis zugewiesen worden sind und dass für nächstes Jahr mit 500 Menschen gerechnet wird. Dies sind wieder moderate Zahlen die deutlich unter denen aus 2016 liegen.

Beschlussvorschlag:

Der OVG Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss die Sperrvermerke der Stellen 0.1223.018, 0.1223.019, 0.1223.020, und 0.1223.021 aufzuheben und die Stellen zu besetzen, um die gesetzlichen Vorgaben erfüllen zu können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.3 Freigabe von einer im Stellenplan 2018 mit Sperrvermerk versehenen Stelle für die Heimaufsicht (FD 32.00)
Vorlage: DrS/2018/046

Herr Matthias Schröder erklärt, dass schon 2 Sperrvermerke im Jahr 2017 aufgelöst worden sind aber die Orga-Untersuchung ergab, dass eine weitere Stelle nötig ist, um eine 100% Kontrollquote zu erreichen.

Herr Wulf merkt an, dass im Schlüsselkennzahlenbericht 4-mal nein bei Handlungsbedarf eingetragen worden sei. Dazu verdeutlicht Herr FBL Schröder die Kennzahlen und bestätigt, dass die „nein“-Angaben missverständlich sein können.

Frau Jahn wollte wissen, ob eine Besserung der Situation erwartet werden kann. Dazu konnte Frau Schröder (FD 32.00) erklären, dass derzeit 2 neue Mitarbeiter/innen in der Heimaufsicht eingearbeitet werden und dies nach erfolgreicher Einarbeitung Wirkung entfalten wird.

Herr Wersig wollte wissen, wie schnell die weitere Stelle neu besetzt werden könnte. Zusätzlich wollte er wissen, ob die Orga-Untersuchung ergab, dass noch eine weitere Stelle benötigt wird. Dazu erläutert Herr Matthias Schröder, dass eine weitere Stelle voraussichtlich schnell besetzt werden kann und dann auch eine 100% Quote möglich sein wird.

Frau Algier hält die 100% für nicht realistisch und verweist auf die Zahlen des Landes, um einen besseren Vergleich auch mit anderen Kreisen zu ermöglichen. Dazu sagte Frau Schröder, dass die Zahlen im Schlüsselkennzahlbericht die gleichen Zahlen sind, wie die, die auch an das Land weitergegeben werden.

Frau Hahn-Fricke wollte eine Erklärung, was unter „notwendige Anordnungsbescheide“ zu verstehen ist. Frau Schröder erklärt kurz, dass bei Nachkontrollen, wenn keine Verbesserung erkennbar ist, zunächst Anordnungen zur Abstellung von festgestellten Mängeln erfolgen. Nach erfolglosem Ablauf der Fristen können angedrohte Zwangsgelder erhoben werden. Auf Nachfrage von Frau Berger konnte Frau Schröder auch erklären, dass die Zwangsgelder im Einzelfall eine Höhe von mehr als 5000 € erreichen können. Frau Jahn fasste die Heimsituation als nicht gut zusammen, was aber aus der Gesamtsituation resultiere.

Frau Hahn-Fricke erzählte von einem Beispiel aus Flensburg und wollte wissen, in welchen Abständen Kontrollen durchgeführt werden. Dazu konnte Frau Schröder sagen, dass es auch Einrichtungen gibt, die 3 Jahre lang nicht kontrolliert worden seien, andere Einrichtungen müssten jedoch mehrfach (3-10 mal) im Jahr aufgrund von Beschwerden oder Nachkontrollen kontrolliert werden. Durch die neuen Stellen soll die Prüfquote verbessert werden, um jede Einrichtung aufsuchen zu können.

Herr Wersig schlägt vor eine weitere Stelle für die Heimaufsicht in den Hauptausschuss zu tragen. Dazu merkt Frau Jahn an, dass die Stellen bereits von 2 Stellen auf jetzt 3 Stellen zusätzlich erhöht worden sind und abgewartet werden soll, wie sich die Zahlen entwickeln, bevor weitere Stellen freigegeben werden. Herr Matthias Schröder ergänzt, dass die von Herrn Wersig vorgeschlagene Stelle nicht realisierbar ist, da diese nicht im Haushalt eingeplant ist.

Beschlussvorschlag:

Der OVG-Ausschuss empfiehlt, der Hauptausschuss beschließt, den Sperrvermerk zur Besetzung der im Stellenplan 2018 vorgesehenen zusätzlichen Stelle Nr. 0.1221.045 (Verwaltungskraft/Pflegefachkraft) im Fachdienst 32.00, Heimaufsicht, aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 3.4 Entsendung eines Vertreters in die Gesellschafterversammlung der Rettungsdienst-Kooperation in Schleswig-Holstein (RKiSH)
Vorlage: DrS/2018/051**

Entsendung eines Vertreters in die Gesellschaftsversammlung der Rettungsdienst-Kooperation in Schleswig-Holstein (RKiSH)

Herr Matthias Schröder verlässt den Raum.

Frau Hahn-Fricke möchte wissen, wie es mit der Haftung ist, wenn die Person in der Gesellschaftsversammlung tätig ist. Es wird erklärt, dass die Person dort während ihrer Dienstzeit tätig ist und damit die Voraussetzungen der Amtshaftung erfüllt sind.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit empfiehlt, der Hauptausschuss des Kreises Segeberg beschließt:

Herr Matthias Schröder (FBL II) wird zum Gesellschaftervertreter des Kreises Segeberg in der Gesellschafterversammlung der Rettungsdienst-Kooperation in Schleswig-Holstein (RKiSH) gGmbH bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

Frau Jahn holt Herrn Schröder (FBL II) wieder in den Raum.

zu 4 Berichte der Verwaltung**zu 4.1 Bericht der Gesundheitsplanerin**

Pause von 19:08 – 19:25

zu 4.2 Zentralisierung der Schuleingangsuntersuchungen im Kreis Segeberg

Frau Jahn erklärt zu Anfang, dass sie die Bekanntmachung der zentralen Schuleingangsuntersuchung lieber früher und anders als aus der Zeitung erfahren hätte. Danach übergibt sie das Wort an Herrn Dr. Friege

Herr Dr. Friege führt aus, dass die Schuleingangsuntersuchung der Kinder (ca. 2400 – 2500 im Jahr) eine Pflichtaufgabe des Kreises darstellt, welche bisher immer wahrgenommen und erfüllt worden ist. Die Art der Aufgabenerfüllung ist in Deutschland dabei unterschiedlich und vermutlich war der Kreis Segeberg der letzte Kreis in Schleswig-Holstein, der diese Aufgabe dezentral in den Schulen angeboten hat.

Von den 4,1 Arztstellen fehlen momentan 1,5 Stellen durch zwei Schwangerschaften und eine nicht nachbesetzte Teilzeitstelle. Das entspricht mehr als einem Drittel der ärztlichen Stellen, von vormals 7 Ärztinnen sind nun nur 4 im KJÄD eingesetzt. Ab dem Sommer werden nochmal 0,5 Stellen wegfallen, da eine Ärztin den Kreis verlässt.

Die Zentralisierung ist vorteilhaft, da sie Zeit spart: Die Schulärztinnen verbringen einige ärztliche Arbeitszeit am Lenkrad bzw. auf dem Beifahrersitz. Weitere Zeit vergeht mit dem Auf- bzw. Abbauprozess für Hör- und Sehtestgeräte. Gerade vor dem Hintergrund der von der Politik in der vorangegangenen Woche beschlossenen Organisationsuntersuchung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sei eine solche Ökonomisierung der ärztlichen Arbeit naheliegend.

Ziel muss es sein, dass alle Kinder vor der Einschulung untersucht werden. Nicht argumentierbar ist, diese Pflichtuntersuchungen einigen Kindern vorzuenthalten, damit man anderen den Weg in die Untersuchungsstellen ersparen kann.

Herr Friege zählt auch weitere Wege neben der zentralisierten Schuleingangsuntersuchung auf, um den personellen Engpass zu überbrücken: Ärztinnen des Amtsärztlichen Dienstes helfen nach Einarbeitung aus.

Eine Kinderärztin und ehemalige Mitarbeiterin des KJÄD hilft auf Honorarbasis in Norderstedt aus.

Die aktuelle Stellenausschreibung wurde um die im Sommer entstehende unbefristete Teilzeitstelle erweitert, somit attraktiver gemacht. Weiterhin befinden sich 3 befristete Stellen in der Ausschreibung.

Frau Jahn stellt die Frage, ob der Transport der Kinder und Eltern nach Segeberg gesichert ist. Herr Friege vertritt die Meinung, dass der ÖPNV die Möglichkeit eröffnet, dass alle kostengünstig nach Bad Segeberg kommen können. Er betont nochmals, dass die Zentralisierung das kleinere Übel darstellt im Vergleich zu der Möglichkeit, dass Kinder ohne vorherige Untersuchung der Schulreife eingeschult werden.

Herr Wersig stellt die Frage, wie es zukünftig weitergeht, wenn die Ärzte aus der Freistellung zurückkommen. Frau Hahn-Fricke möchte wissen, wie es bei kleinen Ortschaften ohne ÖPNV sein soll und ob sozialbenachteiligte Menschen finanzielle Hilfe für die Fahrkarten bekommen können. Herr Weihe fragt, ob es nicht sinnvoller wäre eine der ausgeschriebenen Stellen als unbefristet zu erklären. Auch will er wissen, ob eine Wahl der Untersuchungsstelle möglich ist und ob gesunde Kinder in kürzerer Zeit bearbeitet werden können.

Herr Dr. Friege berichtet aus der Gremienarbeit (Arbeitskreis Kinder und Jugendmedizin des LKT) über sehr positive Rückmeldungen durch die Zentralisation weg von den Schulen hin zu Haupt- und Nebenstellen des Gesundheitsamtes. Durch Zuordnung der Grundschulen an Schulärztinnen besteht eine personelle Zuständigkeit. Die Untersuchungsstelle in Norderstedt, wurde vor 13 Jahren als provisorische Lösung eingerichtet für Leistungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes für Bürgerinnen der Verwaltungsgemeinschaft Norderstedt-Ellerau. Bei realistischer Betrachtung glaubt Herr Dr. Friege nicht daran, dass begonnene Zentralisierung umgekehrt werden kann, selbst wenn alle ausgeschriebenen Stellen besetzt werden können, denn schon nächste Personallücken könnten eine erneute Zentralisierung nötig machen, dies wäre für die Bürger*innen ein verwirrendes Hin- und Her.

Neu eingearbeitete Schulärztinnen, sofern Einstellungen bei einem sehr bewerberfreundlichen Arbeitsmarkt im ärztlichen Sektor gelingen, müssen eingearbeitet werden, was dezentral auch schlecht möglich ist. Außerdem sind mit zentral und parallel laufenden Untersuchungen krankheitsbedingte Ausfälle besser und somit bürgerfreundlich kompensierbar.

Herr Friege mutmaßt, dass Kinder und Eltern zu dieser Pflichtuntersuchung auch im Gesundheitsamt erscheinen werden. Bei anderen, im Gesundheitsamt stattfindenden Gutachtenuntersuchungen kommt die Frage nach Fahrtkosten gehäuft oder gar regelhaft nicht auf. Eine Mitfinanzierung der Fahrkarten ist aus dem Budget des Gesundheitsamtes jedoch nicht einfach möglich. Ob eine befristete und ausgeschriebene Stelle ohne Grund als unbefristet umgeschrieben werden kann, hält Herr Dr. Friege für sehr unwahrscheinlich. Ab dem 01.07.2018 wird aber eine unbefristete Stelle frei und hofft auf die Möglichkeit, damit vielleicht schon früher agieren zu können.

Frau Olef möchte wissen, ob die Gesundheitsplanerin bei der Ausarbeitung der Planung mit involviert ist. Es wird festgestellt, dass die Gesundheitsplanerin bisher nicht in die Planung involviert ist. Frau Algier stellt klar, dass es Pflicht ist die Kinder zu untersuchen und dass es bürgerfreundlich ist, wenn dies ortsnah, also dezentral, geschieht, wie z.B. bei Kinderärzten. Dazu erklärt Herr Dr. Friege, dass er es für unpraktikabel und unrealistisch hält, dass Kinderarztpraxen zusätzlich zu ihrem gewohnten Tagesgeschäft die Schuleingangsuntersuchung, die 15-60min dauert (ärztlicher Teil) übernehmen könnten. Eine Untersuchung durch Kinderarztpraxen scheint nicht praktikabel, da es nur sehr schwer möglich wäre eine Standardisierung der Untersuchungsbedingungen zu erreichen.

Frau Berger stellt fest, sollten Probleme bestehen, kann die Politik Prüfanträge stellen. Auch wenn es Fahrgeld für Kinder geben soll, wäre dies Aufgabe der Politik.

zu 4.3 Bericht der Ausländerbehörde zur Situation im Bereich der Asylangelegenheiten

Keine Anmerkungen.

zu 4.4 Bericht zum Sachstand der Neuausrichtung im Rettungsdienst des Kreises Segeberg

Herr Matthias Schröder berichtet, dass es beim DRK eine 2. und beim KBA erstmalig eine Informationsveranstaltung für die Mitarbeiter/innen gegeben hat. Er berichtet, dass vom Kreis Segeberg und dem KBA gegen die Urteile vom Verwaltungsgericht Berufung eingelegt worden ist. Auch wurde der Gesellschaftervertrag am 21.02.2018 unterzeichnet, womit der Kreis Segeberg der RKiSH beigetreten ist. Dann werden die Anfrage von Herrn Barkowsky und die Antwort der Verwaltung dazu erörtert.

Frau Jahn möchte wissen, was eine Erhöhung der Vorhaltung bedeutet. Herr Lorenzen beantwortet dies damit, dass mehr Fahrzeuge genutzt werden bzw. diese längere Zeit im Dienst sein werden.

Herr Wersig möchte wissen, ab wann der Mehrbedarf an der Vorhaltung auftreten wird und wie die Rückzahlung der Kredite geregelt sind, welche dem DRK und dem KBA gezahlt worden sind. Dazu sagt Herr Lorenzen, dass der Mehrbedarf jetzt umgesetzt werden muss. Zu den Rückzahlungen konnte er sagen, dass das DRK und der KBA zwar grundsätzlich ihre Rückzahlungspflicht anerkannt haben, nur sind sie jeweils der Meinung dass dies erst später zu erfolgen hat. Der KBA zahlt derzeit zumindest einen Teilbetrag an den Kreis zurück, das DRK nicht.

Frau Algier möchte wissen, wann die Abstimmung mit den Kostenträgern hinsichtlich Wirtschaftlichkeitsgutachten stattfindet. Dazu konnte Herr Lorenzen sagen, dass die Daten bisher weder vom DRK noch vom KBA übersendet worden sind und daher bisher der Gutachter seine Arbeit nicht aufnehmen konnte. Das DRK hat aber zugesichert die Unterlagen in der 10. KW zu übersenden.

Frau Hahn-Fricke möchte wissen, welcher der Akteure im Hinblick auf die höhere Vorhaltung wirtschaftlicher ist. Herr Matthias Schröder sagt dazu, dass zuerst versucht wird, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Hierzu sei zumindest der KBA bereit, der die erhöhte Vorhaltung in Norderstedt bereits umgesetzt hat. Das DRK fordert vom Kreis Zusicherungen, die nicht ohne Weiteres gegeben werden können. Daher kommt die RKiSH nach dem Gesellschaftsbeitritt als Alternative zum DRK in Betracht.

**zu 4.5 Schlüsselkennzahlenbericht IV/2017
Vorlage: DrS/2018/008**

wurde oben geklärt.

zu 4.6 Bericht zum Sachstand "Paracelsus-Klinik"

Herr Wersig möchte wissen ob die Klinik noch gewinnbringend war/ist. Frau Jahn erwidert, dass dies eine privat geführte Klinik ist, und daher keine Einsicht gefordert werden kann. Herr Weihe konnte berichten, dass zumindest keine höheren Verluste erzielt worden sind und dass der Konzern Zahlungsfähig ist. Auch ist klar, dass die Klinik weiterbetrieben wird, nur der Umfang ist ungewiss.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Keine

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Keine

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Herr Möller wollte zu den Schuleingangsuntersuchungen mitteilen, dass er Verständnis für die Zentralisierung hat. Er meint dass es günstiger wäre einen Transport zu organisieren, welcher die Kinder abholt und zur Untersuchung bringt und danach wieder zurückfährt, als wenn Ärzte für wenige Untersuchungen zu vielen Standorten fahren müssen.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Rosemarie Jahn
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Tobuschat
(Protokollführung)